

# Einmütiges Votum für Fusionsverhandlungen

**LANDSTUHL:** SPD-Fraktion stimmt nach Sitzungsunterbrechung zu

**Nach dem Verbandsgemeinderat hat am Dienstagabend auch der Landstuhler Stadtrat den Fortgang der Fusionsverhandlungen mit der Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd einmütig unterstützt. Die SPD-Fraktion machte zunächst noch Beratungsbedarf geltend, stimmte jedoch nach einer Sitzungsunterbrechung ebenfalls geschlossen zu.**

Vor der Abstimmung hatte Bürgermeister Peter Degenhardt (CDU) nochmals die Situation aus seiner Sicht erläutert: Diese sei eine „völlig andere“ als bei den ersten Fusionsverhandlungen 2010/11. „Nach den Zwangsfusionen in Enkenbach-Alsenborn und Wallhalben müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die Landesregierung die Sache stringent und konsequent durchzieht“, betonte er. „Wir sollten den Leuten daher nicht vormachen, dass sie etwas verhindern können“, verwies er auf den Bürgerentscheid in der VG Enkenbach-Alsenborn, der die Zwangsfusion nicht stoppen konnte und warb stattdessen dafür, den im Verbandsge-

meinderat bereits angestoßenen Prozess zu unterstützen: „Wir sollten unsere Wünsche geltend machen und unsere Vorstellungen auch hinsichtlich des Zeitpunkts der Fusion verdeutlichen.“ Das Gesetz zur Fusion solle zwar zügig umgesetzt werden, um Rechtssicherheit zu erhalten, doch die eigentliche Umsetzung der Fusion solle möglichst erst 2019 erfolgen, wiederholte Degenhardt die Forderungen des Verbandsgemeinderats (die RHEINPFALZ berichtete am 20. September). Dies würde der Verwaltung helfen, Probleme zu vermeiden und die Fusion – auch für die Mitarbeiter – gut vorzubereiten. „Gerade mit dem kleineren Partner, der VG Kaiserslautern-Süd, muss behutsam und fair umgegangen werden.“

Auch wenn in Landstuhl derzeit noch kein Handlungsbedarf bestehe, gingen auch hier die Bevölkerungszahlen zurück, so der Bürgermeister: Eine fusionierte VG sei dagegen „relativ demografiefest, auch was die weiteren Stufen der Gebietsreform angeht“. Degenhardt appellierte an den Stadtrat, den Weg mitzugehen und

versprach den Bürgern „umfassende Transparenz“ über Informationen, die im Internet und bei Bürgerversammlungen verbreitet würden.

Dies unterstrich auch Stadtbürgermeister Ralf Hersina (SPD) und betonte nochmals, dass die Stadt nichts verhindern könne.

„Wir haben keine Möglichkeit, dagegen zu sein“, stellte CDU-Fraktionschef Walter Amann fest. „Daher sollten wir jetzt die Chance nutzen, unsere Ideen einzubringen.“ Während die CDU den Beschlussvorschlag unterstützte, war man sich in der SPD-Fraktion offenbar über das weitere Vorgehen noch nicht ganz einig. Degenhardts Angebot, dass er für Fragen zur Verfügung stehe, nahm keines der Ratsmitglieder wahr. SPD-Fraktionschef Erich Neu bat stattdessen um eine Sitzungsunterbrechung, da noch Beratungsbedarf bestehe. Nach zehn Minuten war sich die SPD dann einig: Sie forderte zwar eine geringfügige Änderung des Wortlauts im Beschlussvorschlag, stimmte dem Fortgang der Fusionsverhandlungen dann jedoch einmütig zu. (oef)